

Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Dresden-Post: Nachrichten Dresden.
Gesamtnummer: 23241.

Bezugs-Gebühr vierteljährlich in Dresden bei postmöglicher Zahlung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2.50 M., in den Vororten 3.00 M. Bei einmaliger Zahlung durch die Post 3 M. (ohne Schließgeld).
Anzeigen-Gebühr. Die einseitige Zeile (eins 8 Zeilen) 30 Pf. Vorkaufspreise und Anzeigen in Nummern nach Sonn- und Feiertagen laut Tarif. — Ausdrückliche Aufnahme nur gegen Vorauszahlung. — Belegblatt 10 Pf.

Schließung und Hauptgeschäftsstelle:
Markenstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Klopsch & Reichardt in Dresden.

Der Druck nur mit deutscher Quellangabe („Dresdener Nachr.“) zulässig. — Unersuchte Quellen werden nicht aufgeführt.

Mutter-Anna-Blutreinigungstee
Paket 1 M. 25 Pf.

Mutter-Anna-Blutreinigungspillen
Schachtel 65 Pf. und 1 M. 25 Pf.

Versand nach auswärts.

Königl. Hofapotheke
Dresden und Pillnitz.

Ein neuer griechischer Protest gegen den Bierverband.

Günstiger Verlauf der Verfolgungskämpfe in Montenegro; weitere 800 Gefangene eingebracht. — Erfolgreiche italienische Angriffe am Monte San Michele. — Aermaliger Fiegerangriff auf Meh. — Die Lage in Saloniki.

Der amtliche deutsche Kriegsbericht.

(Amtlich.) Großes Hauptquartier, 19. Dezember.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Von der Front sind keine Ereignisse von Bedeutung zu berichten. Meh wurde nachts von feindlichen Fliegern abermals angegriffen. Es ist nur Sachschaden anzugeben.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Keinere russische Abteilungen, die an verschiedenen Stellen gegen unsere Linien vorrückten, wurden abgewiesen.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Bei Rojtsvac und Bijelopolje sind erneut etwa 750 Serben und Montenegriner gefangenengenommen worden.

(M. Z. B.) Oberste Heeresleitung.

Oesterreichisch-ungarischer Kriegsbericht.

Wien. Amtlich wird verlautbart den 19. Dezember:

Russischer Kriegsschauplatz.

Stellenweise Geschlosskampf.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert. Am Nordhange des Monte San Michele wurden in den Abendstunden zwei vereingete Bataillone italienischer Infanterie abgewiesen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die Verfolgungskämpfe in Montenegro nehmen einen günstigen Verlauf. Wir brachten gestern etwa 800 montenegrinische und serbische Gefangene ein.

Bei den Kämpfen gegen die Montenegriner ist es vorzunehmen, daß uns der Feind, Ergebung vortäuschend, mit aufgehobenen Armen und mit Lärmschwenken entgegenzöge und so zu vorübergehendem Einstellen des Feuers bewogen, daß er dann aber unsere Linien plötzlich aus nächster Nähe mit Handgranaten zu bewerfen anfing. Es ist selbstverständlich, daß solche schmachvolle Kriegshandlungen eine entsprechend scharfe Abhandlung gefunden haben und im Wiederholungsfall auch weiter finden werden.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs:
(M. Z. B.) a. O. B. i. e. r., Feldmarschall-Lieutenant.

Einspruch der griechischen Regierung gegen die Befestigung von Saloniki.

Wie das neuterische Bureau erfährt, hat die griechische Regierung bei den Ententemächten formell gegen die Befestigung von Saloniki durch die Truppen der Verbündeten Einspruch erhoben. (M. Z. B.)

Die Befestigung Salonikis.

Magnus drachtet dem „Secolo“ aus Saloniki: An der Befestigung Salonikis werde fleißig gearbeitet. Bis jetzt seien mehr als 160 000 Mann gelandet. Gegebenenfalls nehme an der Verteidigung Salonikis auch die Flotte teil. Jeht Kriegsschiffe der Alliierten seien im Hafen anwesend. Die andauernd sonderbare Lage der Alliierten werde gekennzeichnet durch die tägliche freie Durchfahrt des Personenzuges nach Bulgarien durch das neue Lager der Alliierten. (M. Z. B.)

Indische Truppen nach Saloniki.

Der „Nieuwe Courant“ erfährt aus Saloniki, daß die Alliierten die Ankunft von 40 000 Mann indischer Truppen erwarten. Eine große Zahl von Zugtieren ist bereits angekommen. Die Alliierten scheinen fest entschlossen zu sein, in der Umgebung der Stadt Befestigungen anzulegen. — Aus Mitteleuropa wird demselben Blatte gemeldet, daß die Engländer dort Raketen zur Unterbringung von 40 000 Mann bauen. (M. Z. B.)

Eine bulgarische Stimme zu der Gewaltpolitik des Bierverbandes.

„Mir“, das Blatt G. S. H. o. W., schreibt: Der Bierverband sollte Saloniki freiwillig verlassen und die Neutralität Griechenlands achten, das dann Saloniki hätte werden. Sollten wir und die Mittelmächte uns gezwungen sehen, die Engländer und Franzosen aus Saloniki gewaltsam zu vertreiben, so haben wir ein Recht, Maßnahmen zu treffen, um zu verhindern, daß die Feinde sich neuerlich dort festsetzen. Deutschland und seine Verbündeten versprochen, die Hoheitsrechte Griechenlands zu achten. Doch können sie nicht gleichgültig zusehen, was die Feinde

dort machen. Das Benehmen der Engländer und Franzosen gegen die Griechen kann niemals deren Sympathie erwecken. Durch die Seemacht der Alliierten werden sie gezwungen, sich zu beugen. Aber sie tun es murrend und sind bereit, sich zu rächen. Auf diese Art verliert die Entente die Sympathie einer kleinen Nation nach der anderen. Schließlich wird es sich herausstellen, daß ihre Gegner die wahren Wohlthäter und aufrichtigen Beschützer der Kleinstaaten sind. Die Kleinstaaten werden sich künftig mehr den Mittelmächten zuwenden. (M. Z. B.)

Die türkisch-griechischen Verhandlungen vor dem Abschlusse. b. „Biedomosti“ läßt sich aus Athen drohen: Zwischen der Türkei und Griechenland schweben direkte Verhandlungen, die knapp vor dem definitiven Abschlusse stehen.

Erneute Besprechung des deutschen Gesandten mit Zulusid. (Meldung der Agence Havas.) Der deutsche Gesandte hat erneut eine Besprechung mit dem Ministerpräsidenten Zulusid gehabt. Zulusid teilte im Ministerrat das Ergebnis der Besprechung mit, der man große Bedeutung beimißt. Die amtlichen Kreise erklären die Lage weiterhin für normal und hoffen, daß die Alliierten davon absehen werden, die Verkehrsmittel in Mazedonien zu zerstören. Griechenland beobachtet eine korrekte Haltung. (M. Z. B.)

Der „versuchte“ Balkanzug.

Die Wochenchrift „Nation“ schreibt: Der ganze Balkanzug wurde völlig versäumt. Der gesunde Menschenverstand, der anfangs den Kriegsrat der Verbündeten verließ, als Madeniens Marschallstab seinen Schwanz über Serbien warf, scheint ihm jetzt gänzlich abhanden gekommen zu sein. Unser Vorhaben war genau so, wie der Feind es wünschte. Der Artikel tadelt die Verpöterung der Streikkräfte auf vielen Kriegsschauplätzen und verlangt ihre volle Einsetzung an der Westfront, wo die Entscheidung fallen muß. (M. Z. B.)

Die künftigen Balkankämpfe.

Von Wiener politischer Seite wird dem Berichtshalter der „Tagl. Rundschau“ erklärt: Wenn die Feinde trotz ihrer Niederlagen auf dem Balkan sich noch immer nicht entschließen können, das ausschließliche Saloniki-Montener aufzugeben, so scheint dabei die Rechnung eine große Rolle zu spielen, daß, falls bulgarische Truppen aus Schonung griechischer Empfindlichkeit griechischen Boden nicht betreten würden, die Mittelmächte allein den Angriff gegen Saloniki fortsetzen müßten. Aber ganz abgesehen davon, daß den Mittelmächten die hierfür erforderlichen militärischen Kräfte zweifellos zur Verfügung stehen würden, ist auch die Tatsache nicht zu unterschätzen, daß damit die gesamte bulgarische Armee für andere Unternehmungen frei werde. Ob man, insbesondere in Anbetracht dieser Tatsache mit besonderer Genugtuung begründen würde, muß um so mehr bezweifelt werden, als sich die bulgarische Armee dank ihrem beispiellosen Siegeslauf in sehr gehobener und zuverlässiger Stimmung befindet.

Die Dummungselosse der Engländer und Franzosen.

Das Organ des bulgarischen Kriegsministeriums „Bogjanni Javestija“ schreibt: Während der tapferen bulgarischen Soldat seinen Gefangenen oder verwundeten Feinden mitleidig und human begegnet, gebrauchen die Engländer und Franzosen ausschließlich Dummungselosse. Sie verjagen die wehrlose Bevölkerung von ihren Heimatstätten, berauben und vergewaltigen sie. Das Blatt fordert die Militärbehörden auf, alle durch Dummungselosse verursachten Verbrechen anzulegen, welche in der Geschichte schonungslos Zeugen für die Unmenschlichkeit der Engländer und Franzosen bilden. (M. Z. B.)

Die Haltung der bulgarischen Agrarier.

Ministerpräsident Radolawow hat den Agrarierführer Dimitrow empfangen und ihm Aufklärungen über die der Sobranje vorzuliegenden Gesetzesentwürfe gegeben. Dimitrow hat einem Vertreter des „Mico“ über die Haltung der agrarischen Gruppe in der Sobranje erklärt, da das Schicksal des Landes auf eine Karte gesetzt worden sei und das bulgarische Volk sich auf den Schlachtfeldern befindet, werde die Agrarpartei in Erfüllung ihrer Pflicht alle Kriegskredite annehmen, in dem Bewußtsein, daß diese nicht der Regierung, sondern dem Lande bewilligt werden. (M. Z. B.)

Ein Oesterreichisch-ungarischer Krankenzug für Bulgarien.

Der mit Bewilligung des Kaisers Franz Joseph vom Oesterreichisch-ungarischen Kriegsministerium für Bulgarien bestimmte Krankenzug, welcher von Rumänien nicht durchgelassen wurde, hat sein Material über Orsova nach Sofia geschickt, um einen dort improvisierten Krankenzug aufzustellen. Der improvisierte, vollständig eingerichtete Krankenzug wurde in Anwesenheit der Königin Eleonore dem bulgarischen Kriegsminister übergeben. Königin Eleonore äußerte sich über die Einrichtung des Zuges mit Worten wärmer Anerkennung. (M. Z. B.)

Strandung eines englischen Hilfskreuzers.

Wie wir der Zeitung „Dekla“ in Athen vom 27. November entnehmen, ist nach einem Telegramm der griechischen Behörden aus Kreta an die griechische Regierung bei der Insel Granta im Bezirk Lassithi auf Kreta ein englischer Hilfskreuzer, der zur Verfolgung von Unterseebooten verwendet wurde, auf eine Klippe gesunken. Das Schiff wurde seinem Schicksal überlassen.

nachdem englische Kreuzer sich vergeblich bemüht hatten, es flott zu machen. (M. Z. B.)

Die englischen Einberufungen.

(Meldung des neuterischen Bureaus.) Anlässlich der Einberufung von vier Gruppen von Rekruten veröffentlichte Lord Derby eine Kundgebung, worin er sagt, man müsse alles tun, um die neue Phase des nationalen Lebens ohne Störung in Betrieb zu setzen. Die Mannschaften der ausgerufenen vier Gruppen sollen nicht alle am 20. Januar einberufen werden. Um Unannehmlichkeiten für die Mannschaften und eine Überfüllung der Rekrutierungsbureaus und Depots zu vermeiden, werden die Mannschaften allmählich eingeeiltet werden. Sie werden vierzehn Tage vor dem Einrückungstermin ihre Einberufungen erhalten. (M. Z. B.)

Im englischen Unterhaus.

Adelken die Abgeordneten Lodge Wardle und Wilson, daß Schweinegeschlächter und Pflanzler als Inspektoren in Munitionsfabriken angestellt worden seien. Der Abgeordnete King wies darauf hin, daß die Regierung einen Gariner als Inspektor eines Geschloßwerkes angestellt habe. Unterstaatssekretär Addison antwortete, es sei schwer, geeignete Personen für die Inspektoren zu finden. Ditton (Nationalist) erklärte, diese Zustände seien ein Skandal. (M. Z. B.)

Die „verdächtigen“ Mitglieder des Geheimen Staatsrats. Der „Nieuwe Rotterdam Cour.“ meldet aus London: Das Gericht hätte in einem von Sir Georges Macgill angeführten Verfahren, in dem entschieden werden sollte, ob Sir Edward Spener und Sir Ernest Cassel das Recht haben, Mitglieder des Geheimen Staatsrats zu sein, das Urteil, daß beide, obwohl sie Ausländer von Geburt seien, der Würde nicht entbehren zu werden brauchen. Die „Morning Post“ bedauert dieses Urteil und spricht die Erwartung aus, daß die Angelegenheit vor eine höhere Instanz gebracht werden und die eine andere Entscheidung fällen wird.

Ein Prozeß der Frau Asquith.

Frau Asquith hat gegen die Zeitung „Globe“ eine Klage angedreht. Das Blatt hatte ihr in beleidigenden Ausdrücken Unvollständigkeit und Verfall vorwerfen, weil sie internierten deutschen Offizieren Lebensmittel gesandt habe. (M. Z. B.)

Ägyptens Schicksal.

Die englische Presse beschäftigt sich immer mehr mit der künftigen Bedrohung Ägyptens. Nachdem in der jüngsten Zeit mehrfach Gesandte zwischen Engländern und Arabern hantieren haben, wobei diese von der Westseite des Kanals Angriffe unternommen hätten, hat in der englischen Presse wieder eine harte Nervosität Platz gegriffen. Der militärische Mitarbeiter der „Daily News“ schreibt, daß es den Türken und den Truppen der Mittelmächte sehr leicht möglich sei, in kurzer Zeit Ägypten zu erreichen. Mit Hilfe der Bagdadbahn könne der Weg bis Verfeha, 35 Meilen von der ägyptischen Grenze entfernt, in vier Tagen zurückgelegt werden. Es sei ferner gar nicht ausgeschlossen, durch die Wüste Sinai eine Schmalspurbahn zu legen. Auch die Wasserfrage werde für die deutschen Ingenieure keine unüberwindlichen Hindernisse bieten.

Das ägyptische Ideal.

Auf einer von der ägyptischen Studentenvereingung „Ephraim“ nach Genf einberufenen Konferenz der in der Schweiz wohnenden Ägypter, die sehr zahlreich besucht war, gelangte die Lage in Ägypten zur Sprache. Mehrere Redner ergriffen das Wort. Die Versammlung nahm folgende Entschlüsse an: 1. Das Ideal der Ägypter ist die Autonomie Ägyptens, die dem Lande durch die kaiserlich-ottomanischen Formate verliehen und durch internationalen Vertrag von London von 1840 garantiert und durch das Edikt des Sultans Mohamed V. vom 18. Februar 1915 bestätigt wurde. 2. Die ägyptische Nationalpartei ist die erste politische Partei Ägyptens, die diesen Grundlag angenommen hat. Ihr Präsident, Mohamed Farid Ben, ist allein berechtigt, sie zu vertreten. Jeder Ägypter, der andere als die oben erwähnten Grundsätze bekennt, bringt nur seine rein persönliche Anschauung zum Ausdruck. 3. Die Staatsmänner, die gegenwärtig in Ägypten an der Regierung sind, vertreten nicht das ägyptische Volk, weil sie von den Engländern ernannt wurden, und ihre Behauptung, daß das Volk die Fremdherrschaft ertragen will, entgegen dem ägyptischen Ideal ist.

Todesurteile in Indien.

Die Aufstandsbewegung unter den eingeborenen Truppen in Britisch-Indien hält trotz aller Maßnahmen der englischen Militärbehörde weiter an. Wie amerikanische Blätter auf Grund von aus Indien eingetroffenen brieflichen Mitteilungen berichten, wurden im Punjab und in Bengalen 17 eingeborene Kavalleristen wegen Herstellung von Bomben und Zerstörung von Telegraphenlinien, sowie 71 andere farbige Soldaten wegen ähnlicher Vergehen zum Tode verurteilt. In Lahore wurden 24 Hindus zum Tode verurteilt, während gegen 27 andere auf lebenslängliche Zwangsarbeit erkannt wurde. In dem von der Militärbehörde geführten Prozeß wurde als Grund für die Verurteilung der Angeklagten anarchoistische Umtriebe und Gehorsamsverweigerung gegen die Anordnungen der Regierung angegeben.